

Von unserem Redakteur
Reto Bosch

Die Interessen von Wölfen und Landwirten prallen vor allem dort aufeinander, wo Nutztiere auf der Weide stehen. Schafe und Ziegen sollen Gras fressen und damit die Landschaft frei halten, Wölfe wollen zuweilen Schafe und Ziegen fressen, weil sie sie als leichte Beute betrachten. Ein lösbarer Konflikt? An dieser Frage orientierte sich eine Tagung des Landwirtschaftsministeriums in Stuttgart. Deutlich wurde: Weidewirtschaft hat einen großen Stellenwert, und es gibt durchaus Möglichkeiten, gefährdete Nutztiere zu schützen.

Die Schwäbische Alb und der Schwarzwald gehören zu den Gebieten, wo vergleichsweise viele Schafe zu sehen sind. In der Region Heilbronn leisten die Wiederkäuer in den Löwensteiner Bergen oder an Jagst und Kocher wichtige Dienste. Oft eingebunden in das Aktionsprogramm der Landschaftserhaltungsverbände. „Weidetiere sind in der Landschaftspflege zentrale Elemente“, sagt Professor Dr. Rainer Luick von der Hochschule Rottenburg. Sie sorgen dafür, dass strauchartige Gehölze wachsen können, sie schaffen fließende Übergänge vom Wald zur Weide, sie schaffen wertvolle Mikrostrukturen, verhindern einen Siegeszug von Brombeere und Co. Und: Die Exkremente der Nutztiere dienen Käfern als Lebensraum und Nahrung. Rainer Luick diagnostiziert einen „drastischen Rückgang der Weidehaltung“. Dafür sei aber nicht der Wolf verantwortlich, er sei nur ein Ventil für die Probleme. Schuld sind nach Ansicht des Wissenschaftlers zu geringe Einkommen, bürokratische Regelungen und eine schlechte Beratung der Bauern.

„Weidetiere sind in der Landschaftspflege zentrale Elemente.“

Professor Rainer Luick

Nach Meinung von Professor Dr. Martin Elsässer vom Landwirtschaftlichen Zentrum gehört Baden-Württemberg zwar nicht zu den typischen Weide-Ländern. Wenn man Landschaften offen halten wolle, sei sie aber unverzichtbar. „Wenn Grünland geht, kommt der Wald.“ Keinen Zweifel lassen im Übrigen auch Landwirtschaftsminister Peter Hauk (CDU) und Umwelt-Staatssekretär Andre Baumann an ihrer Wertschätzung für die Landwirte.

Versuche Ein Instrument, hungrigen Wölfen die Jagd auf Schafe oder Ziegen zu verleiden, sind Elektro-Zäune. Aber nur dann, wenn sie richtig aufgestellt sind. In Slowenien setzen die Bauern seit dem Jahr 2010 rund 1,70 Meter hohe, mobile Zäune ein. Dort leben viel mehr Bären als Wölfe. „Am Anfang haben wir Fehler gemacht, es hat sich insgesamt aber gelohnt“, meint Rok Cerne von der Slowenischen Waldbehörde. Man müsse mit den Landwirten arbeiten. 2011 seien noch 100.000 Euro an Entschädigungen ausgezahlt worden, 2017 waren es nach Darstellung von Rok Cerne noch 10.000 Euro. „Schäden entstehen oft dort, wo die Menschen nicht vorbereitet sind.“ Die Erfahrungen von Heiner Schumann sind ganz ähnlich. Der Veterinär arbeitet beim Wolfsbüro Niedersachsen: „Die Zäune sind oft nicht in Ordnung.“ In Baden-Württemberg läuft aktuell ein Projekt der Forstlichen Versuchsanstalt, das mehrere Zaunsysteme untersucht.

Vierbeinige Sicherheitsbeauftragte stoßen auf geteiltes Echo. Minister Hauk sieht noch viele offene Fragen. Auch, was die Gefahren betrifft, die von den großen Herdenschutz-



Im
Blick-
punkt

Zäune und Hunde sollen Wölfe abwehren

LANDWIRTSCHAFT Weidetiere müssen vor den Raubtieren geschützt werden – Rechtzeitig Vorbereitungen treffen

Beispiel Sachsen

In Sachsen haben sich Wölfe im Jahr 2000 zum ersten Mal fortgepflanzt. „Inzwischen sind rund 200 Tiere vorhanden“, erklärt der sächsische Landwirtschaftsminister Thomas Schmidt. Das Wolfsmanagement in seinem Bundesland basiere auf drei Säulen: Die Tiere würden erstens beobachtet und dokumentiert, zweitens werde umfangrei-

che Öffentlichkeitsarbeit betrieben und drittens stehe die Prävention und der Ausgleich von Schäden im Vordergrund. Darauf hätten die Landwirte im Freistaat sogar einen Rechtsanspruch. Insgesamt gibt das Bundesland für das Wolfsmanagement 700.000 bis 800.000 Euro pro Jahr aus. In Baden-Württemberg können Bauern aus einem

Fonds entschädigt werden, der von Umwelt- und Jagdverbänden getragen und zum größten Teil vom Land finanziert wird. Nach Auskunft des Umweltministeriums fließt auch dann Geld, wenn die Weidetiere ungeschützt einem Wolf zum Opfer gefallen sind. Zudem soll der Fördersatz für präventiven Schutz auf bis zu 100 Prozent steigen. red

hunden ausgehen könnten. Nicole Benning betreibt in Niedersachsen – zwischen Bremen und Hamburg – eine Schäferei und züchtet Herdenschutzhunde. „In unserem Einzugsbereich leben zehn Wolfsrudel.“ Probleme gebe es selten. Eine Ausnahme macht Nicole Benning allerdings. In frequentierten Gegenden könne es zu Schwierigkeiten mit undisziplinierten Hunden von Spaziergängern kommen. Keine Konflikte gebe es mit Bodenbrütern. Im Gegensatz zu Rabenvögeln würden diese nicht als Eindringling betrachtet. Benning rät dazu, dass sich Landwirte früh und intensiv mit den Hunden beschäfti-

gen. Und was geschieht, wenn die Hunde ausbüxen, zum Beispiel dann, wenn eine Wildschweinrotte den Zaun niedergetrampelt hat? Die Züchterin versichert, dass von ihren Schützlingen keine Gefahr ausgehe. Die Hunde verhielten sich nicht aggressiv, seien außerhalb des Pferchs sogar etwas unsicher. In Baden-Württemberg gaben die Tierärzte ihre Bedenken zu Protokoll. Sie fürchten, verletzt zu werden. „Ich soll einen Gruß von meinem Tierarzt bestellen, es geht ihm sehr gut“, sagt Nicole Benning scherzhaft. Für Hobby-Tierhalter oder ganz kleine Schäfereien dürften Herdenschutzhunde allerdings weniger in

Betracht kommen. Die Anschaffung ist teuer, dazu kommen vergleichsweise hohe Ausgaben für das Futter.

Karl Belz aus Gundelsheim züchtet und hält ebenfalls Schafe. Er sagt aus seiner Perspektive: „Wir brauchen den Wolf nicht.“ Zudem gebe es Unsicherheiten, ob Versicherungen bezahlen, wenn ein Wolf eine Schafherde in Panik versetzt und es daraufhin zu einem Unfall oder anderen Schäden kommt. So sehen das viele Landwirte. Umwelt-Staatssekretär Andre Baumann: „Ich brauche den Wolf auch nicht. Aber wenn er kommt, müssen wir ihn schützen.“

Noch darf der Bestand nicht reguliert werden

Abschüsse sind in Deutschland derzeit nur dann möglich, wenn Tiere auffällig geworden sind

WÖLFE Bislang gibt es nur einen offiziellen Abschuss eines Wolfes: In Niedersachsen ist ein verhaltensauffälliges Raubtier geschossen worden. In Sachsen hatte ein Landratsamt bereits eine Abschuss-Genehmigung erteilt, wegen der Klage von Tierschützern verzögerte sich das Verfahren aber so lange, bis der Wolf entkommen konnte. Das will die Landesregierung in Baden-Württemberg verhindern, strebt kurze Entscheidungswege an. Abschüsse gefährlicher oder auf Nutztiere spezialisierter Wölfe ist das eine. Aber wie sieht es mit der Regulierung der Bestände aus? Eine Option, die der baden-württembergische Landwirtschaftsminister Peter Hauk gerne zur Verfügung hätte.

Praxis Dr. Axel Heider vom unionsgeführten Bundeslandwirtschaftsministerium weist darauf hin, dass dies in manchen Ländern Praxis ist. In Frankreich etwa würden rund zehn Prozent der Tiere in bestimmten Problemzonen „entnommen“, also getötet. Im Baltikum (Lettland, Estland, Litauen) liege diese Quote



Wölfe sind streng geschützt. In Deutschland dürfen sie nur in Ausnahmefällen getötet werden. Das zuständige Landratsamt muss jeden Abschuss genehmigen.

Foto: Julian Stratenschulte/stock.adobe.com

bei zehn bis 20 Prozent. Norwegen habe im Jahr 2016 beschlossen, 47 von 68 Wölfen zu schießen. Tierschützer hätten daraufhin 200.000 Unterschriften gesammelt, um dies zu verhindern – laut Heider erfolglos. In Deutschland müsste die rechtliche Grundlage für eine Bestandskontrolle erst noch geschaffen werden.

Intakte Rudelstruktur Professor Rainer Luick von der Hochschule Rottenburg lehnt dies aber kategorisch ab. „Wir müssen ein sinnvolles Wolfsmanagement aufbauen und nicht nur primitiv die Entnahme fordern.“ Wenn intakte Rudelstrukturen geduldet würden, gebe es weniger Übergriffe auf Nutztiere, argumentiert Rainer Luick. Das belegten Studien.

Stichwort Wolfsmanagement: Das Land Baden-Württemberg arbeitet an einer Fortschreibung des vorliegenden Handlungsleitfadens. „Wir führen dabei einen Dialog mit allen Betroffenen“, verspricht Umwelt-Staatssekretär Andre Baumann. bor